



Christliche Barmherzigkeit – Realistische Politik

In den vergangenen Monaten passierten täglich tausende Menschen die deutschen Grenzen, um Asyl in der Bundesrepublik zu beantragen. Die häufigsten Herkunftsländer sind Syrien, der Irak und Afghanistan. Die Gründe des Flüchtlingsstroms sind zahlreich und vielfältig. Ein Ende des Bürgerkriegs in Syrien ist trotz internationaler Einsätze nicht absehbar und in Afghanistan rücken die Taliban überall dort vor, wo die ISAF-Truppen sich zurückziehen. Auch die politische Lage im Irak verspricht dauerhaft keine Stabilität. Zudem darf die weitgehende politische Destabilisierung Nordafrikas als Spätfolge des „Arabischen Frühlings“ nicht unerwähnt bleiben. In dieser Lage verminderte die UN die Unterstützung für die zahlreichen Flüchtlingslager des Nahen Ostens, da einzelne Länder ihre bereits zugesagten finanziellen Beiträge nicht leisten. Kurzum: ein Ende des Flüchtlingsstroms ist nicht in Sicht.

Unser Land ist weit über die Grenzen Europas ein attraktives Ziel für Menschen in Not. Dies spricht für unsere Gesellschaft. Wir können wahrlich stolz auf das zivilgesellschaftliche Engagement unserer Mitbürger schauen. Das staatliche Handeln in der Krise zeugt jedoch in vielen Bereichen von einer politischen Ratlosigkeit. Die Bearbeitung der Asylanträge lahmt, geltendes Recht wird nicht eingehalten und die fehlende Fähigkeit, unsere Grenzen zu schützen, wird mit einer planlosen Politik der offenen Grenzen beantwortet, mit der Menschen ohne Registrierung und Kontrolle in unser Land strömen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet erscheint. Verständlicherweise bereitet dies vielen Menschen in Deutschland und Europa Sorge. Man hat Angst vor den Herausforderungen, die auf unseren Staat und die Gesellschaft zukommen, und fürchtet Veränderungen durch die große Zahl an Menschen aus anderen Kulturen.

In der Debatte um Lösungsansätze stellt sich für die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentenverbände vor allem die Frage: stehen christliche Nächstenliebe auf der einen und eine realistische Politik auf der anderen Seite in einem Widerspruch?



Helfern helfen

Die AGV begrüßt das überwältigende zivilgesellschaftliche Engagement, das seit Beginn des Flüchtlingszustroms überall in Deutschland zu sehen ist. Wohlfahrtsverbände, Sport- und Kulturvereine, Kirchengemeinden und Privatpersonen bringen Potentiale verschiedenster Art ein und nehmen sich solidarisch und hilfsbereit der geflohenen und vertriebenen Menschen an. Erkennbar ist eine große nationale Kraftanstrengung. Viele ehrenamtliche Helfer – insbesondere viele junge Menschen – übernehmen in ihrer Freizeit verantwortungsvolle Aufgaben; hauptamtliche Mitarbeiter in Wohlfahrtsverbänden und Verwaltungsbehörden arbeiten über ihre üblichen Dienstzeiten hinaus voller Eifer. Auch die beiden großen Kirche leisten nicht nur in organisatorischer Hinsicht große Hilfe: so sind allein in Deutschland mehr als 200.000 freiwillige Helfer in der Flüchtlingshilfe engagiert. Hierbei bieten die vorhandenen kirchlichen Netzwerke und die eingeübte Zusammenarbeit von hauptamtlichen Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern eine fruchtbare Grundlage. Die Kirchengemeinden, aber auch die Ordensgemeinschaften legen durch ihr caritatives Engagement für die Flüchtlinge ein wahres Zeugnis des christlichen Glaubens ab. Das breite Engagement in kirchlichen Gruppen zeigt die Tatkraft und das Potential sowie die Fähigkeit zur Mobilisierung, die in unserer Kirche ruht und uns zuversichtlich in die Zukunft schauen lässt.

Während aber der Zustrom an Flüchtlingen anhält, tritt neben die – anfangs enthusiastische – Willkommenskultur auch die Frage nach den mittel- und langfristigen Folgen. Das spontan aktivierte Engagement verbunden mit dem Verzicht auf Turnhallen oder Gemeinderäume für Jugendgruppen steht vor der Frage, ob es sich auch dauerhaft hält und bewährt. Hierbei sind die Behörden gefordert, die Tatkraft der ehrenamtlichen Helfer und der verschiedenen Initiativen pragmatisch zu fördern, um sie längerfristig aufrecht zu erhalten und Enttäuschungen zu vermeiden. Einer drohenden Frustration angesichts der vielen Herausforderungen muss präventiv entgegen gewirkt werden. Ehrenamtliche sind zunehmend erschöpft und brauchen Regeneration. In ihrer Bedeutung steigt die Investition in längerfristige Hilfen, also den Ausbau der Unterkünfte sowie den Ausbau an Stellen für hauptamtliche Mitarbeiter und professionelle Betreuung. Die



geplante Schaffung von 10.000 neuen Stellen im Bundesfreiwilligendienst ist deshalb zu begrüßen. Wir fordern die politisch Verantwortlichen dazu auf, die Voraussetzungen für eine menschenwürdige und angemessene Unterbringung und Versorgung der bei uns Zuflucht Suchenden zu schaffen. Es gilt alltägliche Notlagen zu mildern. Ein akutes Problem ist dabei die große Zahl an Menschen, die in Quartieren und Zelten untergebracht ist, die nicht winterfest sind.

Christliches Handeln bedeutet Verantwortung gegenüber den Nächsten

Die Sorge um Schwache gehört zu den Kernbotschaften Christi. Wir fühlen uns dem eindringlichen Aufruf unseres Heiligen Vaters Papst Franziskus verpflichtet, den ankommenden Flüchtlingen als unseren Nächsten beizustehen. Aber wenn wir den Menschen die Hoffnung geben, ihnen helfen zu können, müssen wir dies auch leisten können. Wir sind verantwortlich für die, die wir uns vertraut machen. Wir dürfen keine Illusionen machen, die wir anschließend enttäuschen. Eine unkontrollierte und uneingeschränkte Aufnahme der zuströmenden Flüchtlinge ist kein Ausdruck christlichen Verantwortungsbewusstseins. Sinnvoll ist es daher, Prioritäten zu setzen: Wem und wie vielen können wir helfen? Wer ist dabei in erster Linie schutzbedürftig?

Es gibt Belastungsgrenzen auch für Deutschland. Wo diese liegen, hängt von vielen Faktoren ab. Sie müssen das Ergebnis einer offenen gesellschaftlichen Debatte ohne Denkverbote sein. Wie unser Bundespräsident feststellte, sind unsere Kapazitäten endlich, wenn die Herzen auch weit sind. Gegenwärtig sind wir in vielen Regionen unseres Landes an einen Punkt gelangt, an dem unsere logistischen Kapazitäten und das gesellschaftliche Engagement ausgereizt und erschöpft sind. Wir dürfen unsere realistische Selbsteinschätzung nicht verlieren. Immer mehr Kommunalpolitiker fühlen sich überfordert und allein gelassen bei der Suche nach immer neuen Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge. Unter der dauerhaften Belastung der Kommunalverwaltungen leidet deren originäre Aufgabenerfüllung. Dass immer öfter auch Flüchtlinge selbst gegen die Umstände ihrer Unterbringung und Versorgung protestieren, weist auf diese Grenzen unserer Möglichkeiten hin und birgt die Gefahr, dass die ehrenamtlichen Helfer vor Ort



diese Reaktionen als Undankbarkeit auslegen. Dies wäre fatal für die gesellschaftliche Akzeptanz des Grundrechts auf Asyl. Uns muss immer bewusst bleiben, dass eine großzügige Behandlung und Versorgung, wie wir sie als selbstverständlich empfinden, zur Folge hat, dass sich stetig neue Menschen auf den Weg zu uns machen werden. Menschen werden erzählen und verbreiten, wenn es ihnen gut ergangen ist und motivieren - ob gewollt oder nicht - Nachzügler. Die gewaltige Sogwirkung, welche die deutsche Politik in der Flüchtlingskrise ausübt, wurde und wird immer noch stark unterschätzt. Die geplanten Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes, der Zugang zum Gesundheitssystem, die Öffnung von Schulen und Universitäten verstärken dies zunehmend. Mittlerweile lockt dies auch Menschen, die in Syrien das Rückgrat der Hilfsorganisationen bilden oder gegen die Terrormiliz des IS kämpfen.

Langfristige Folgen benennen

Die Flüchtlingsdebatte zeichnet sich durch Extreme aus. Nötig ist aber ein gesellschaftlicher Konsens, der aufbaut auf einem ergebnisoffenen, sachlichen Diskurs; der Mitleid nicht ausklammert, aber rationale Lösungen sucht. Dazu bedarf es als tragfähige Diskussionsgrundlage in erster Linie Fakten anstelle von Spekulationen. Die Flüchtlingskosten werden viel höher ausfallen als bislang veranschlagt, da ein Ende des Flüchtlingsstroms nicht absehbar ist. Die Prognosen und Spekulationen hinsichtlich der Kosten, die die Flüchtlingskrise sofort und auch mittelfristig mit sich bringen wird, ändern sich mittlerweile wöchentlich. Mit dem fehlenden Überblick, wie viele Flüchtlinge überhaupt in unser Land gekommen sind und wie viele noch kommen werden, sinkt das Vertrauen in solche Zahlen. Anfang September hatte man für 800.000 prognostizierte Flüchtlinge 10 Milliarden Euro einkalkuliert. Anfang Oktober ging das Ifo-Institut dann von 1,1 Millionen Flüchtlingen aus und kalkulierte mit 21 Milliarden Euro. Nur eine Woche später sprach das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung von 30 Milliarden Euro jedes Jahr. Das wären fast 10 Prozent des Bundeshaushalts. Trotz der gigantischen Kosten, mit denen die Wirtschaftsexperten rechnen, hält die Bundesregierung daran fest, es solle keine Steuererhöhungen geben. Das wiederum kann nur neue Schulden bedeuten und sollte die junge Generation alarmieren.



Politisch gestalten in der Krise

Das Gros der Flüchtlinge besteht aus jungen Männern. Viele von ihnen sind mit dem Ziel und dem Versprechen nach Europa aufgebrochen, ihre Familien bald möglichst nachzuholen. In der Frage des Familiennachzugs gerät man schnell in ein Dilemma. Auf der einen Seite sind angesichts der ungeahnten Zahl an Flüchtlingen unvorstellbare Probleme und Belastungen zu erwarten. Millionen nachziehender Familienmitglieder sind in Deutschland nicht mehr unterzubringen und würden eine Integration allein aufgrund der Masse unmöglich machen. Auf der anderen Seite ist gerade für uns als bekennende Katholiken die Familie – geschützt in Art. 6 GG – ein hohes und unantastbares Gut. Auch muss zu Bedenken gegeben werden, dass ein Aussetzen des Familiennachzugs eine vermehrte Nutzung gefährlicher Fluchtwege durch Frauen, Kinder und Alte erwarten lässt und sich der Zustrom auf illegale noch weniger kontrollierbare Wege verlegen könnte.

Aufgrund der ungeheuerlichen großen Menge an Asylverfahren, die auf Verwaltung und Rechtsprechung zukommen, sind die Prozesse unter Achtung der unvoreingenommenen Einzelfallprüfung und der rechtsstaatlichen Ansprüche zu beschleunigen und effizienter zu gestalten. Dies liegt auch im Interesse der Asylbewerber. Schnelle Verfahren können die Akzeptanz der Asylentscheidungen befördern und für eine bessere Mitwirkung der Asylbewerber und Flüchtlinge sorgen. Beschleunigte Asylverfahren dürfen dabei den Rechtsschutz nicht aushebeln. Für eine schnelle Bearbeitung der Asylanträge und eine damit verbundene Prüfung der individuellen Schutzbedürftigkeit sind zentrale Aufnahmeeinrichtungen sinnvoll. Insbesondere für Asylbewerber, die aus sicheren Herkunftsländern stammen und denen eine Rückführung in ihr Heimatland droht, aber auch für Asylbewerber ohne gültige Dokumente, deren Staatsangehörigkeit geklärt werden muss. Diese Verfahren würden sich an den sogenannten Flughafenverfahren orientieren, die schon seit 1993 an den großen deutschen Flughäfen angewandt werden und 1996 vom Bundesverfassungsgericht im Hinblick auf den damit verbundenen Freiheitsentzug für zulässig erachtet wurden. Flüchtlinge, die sich einer Registrierung und einem geordneten Verfahren entziehen, sind als illegale Einwanderer strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen. Die Flüchtlinge sind aufgefordert zu kooperieren. Die



Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV)

AGV Geschäftsstelle - Luisenstraße 36 - 53129 Bonn

www.agvnet.de

Feststellung der Staatsangehörigkeit hat im Hinblick auf die Frage nach Schutzbedürftigkeit und möglicher Rückführung hohe Priorität. Härte muss angewandt werden in Fällen, in denen Flüchtlinge erkennbar ihre Papiere vernichtet haben oder auf andere Weise ihre Herkunft verschleiern.

Unser demokratischer Rechtsstaat, der das Grundrecht auf Asyl gewährt, und auch die Genfer Flüchtlingskonventionen sehen als Rechtsfolge des abgelehnten Asylverfahrens die Zurückweisung und Ausreise des Asylbewerbers bzw. Flüchtlings vor. Genauso konsequent wie das Recht auf Asyl demjenigen zu gewähren ist, der unter dessen Schutzbereich fällt, so ist auch die Durchsetzung der Rechtsfolge bei denjenigen einzufordern, die nach sorgsamer Prüfung des Einzelfalls nicht in den Schutzbereich fallen. Nach Angaben der Bundesregierung leben derzeit in Deutschland mehr als 200.000 ausreisepflichtige Menschen. Dem stehen nur knapp 11.000 erfolgte Rückführungen in der ersten Jahreshälfte 2015 gegenüber. 2014 wurden nur knapp 7 Prozent der abgelehnten Asylbewerber und Flüchtlinge tatsächlich in ihre Heimatländer zurückgeführt. Angesichts der Menge an unterzubringenden und zu versorgenden Menschen sind Rückführungen, soweit sie das Gesetz vorsieht, trotz aller Erschwernisse konsequent durchzuführen. Dies sollte kurzfristig nach Abschluss rascher Asylverfahren geschehen. Je länger das Asylverfahren dauert, desto schwieriger ist die Durchsetzung von Ausreisepflichten – gegenüber den Asylbewerbern ebenso wie gegenüber den Menschen, denen sie in unserem Land verbunden sind. Dies trifft insbesondere Jugendliche häufig schmerzvoll. Politiker oder Bürger, die eine Rückführung nach einem geordneten Asylverfahren moralisch anprangern oder als illegitime Härte des Staates verschmähen, beschädigen die Legitimation rechtsstaatlichen Handelns.

Aufgrund der Sogwirkung der Bilder von herzlicher Aufnahme dürfen wir den Menschen in der Welt und auch in Deutschland nicht solche Bilder vorenthalten, die zeigen, dass es auch zur Ablehnung von Asylanträgen und konsequenter Rückführung kommt. Jede Steuerung des Zustroms und insbesondere die Rückführung nach einer anstrengenden und gefährlichen Flucht ist mit Härten und daraus resultierenden unschönen Bildern verbunden. Wir können uns nicht der Erkenntnis verschließen, dass wir bei aller



„Willkommenskultur“ auch eine „Abschiedskultur“ brauchen werden, wie es unlängst auch der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Heinrich Bedford-Strohm anmahnte. Dabei gilt es die Rückführungen menschenwürdig zu gestalten. Neben den zwangsweisen Rückführungen sind auch die Möglichkeiten zu einer kostenfreien freiwilligen Ausreise in die Heimatländer, beispielsweise im Rahmen des Rückkehrförderprogramm REAG/GARP, zu forcieren.

Realistischer Blick auf die Zukunft

Der nicht versiegende Zustrom an Flüchtlingen wird uns mit Belastungen und Bewährungsproben konfrontieren. Wir bedürfen eines realistischen und rationalen Blicks auf die vorhandenen und auf die noch auf uns zukommenden Herausforderungen und Probleme. Es ist falsch mit einer Passion, die einer Selbstaufgabe gleicht, einzufordern, dass sich die deutsche Gesellschaft den Verhältnissen anpassen oder sich aktiv verändern müsse, um ihren Anteil an einer bevorstehenden Integration zu leisten, da ein tiefgreifender Wandel unserer Gesellschaft bevorstehe. Solche vagen Aussagen schüren Ängste und Vorbehalte.

Viele der Flüchtlinge entstammen Gesellschaften, in denen Frauen de facto als Menschen zweiter Klasse gelten, Antisemitismus und Homophobie in oftmals extremsten Ausmaßen selbstverständliche Erscheinungen sind und religiöse Anschauungen staatlichen Normen überlagern. Wir dürfen und müssen eine große Anpassungsbereitschaft von den Menschen erwarten, die zu uns kommen. Unsere Rechtsordnung ist ohne Ausnahme und Vorbehalt zu akzeptieren und zu respektieren. Dazu zählen die Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau ebenso wie die Achtung der Würde eines jeden Menschen. Wenn Flüchtlinge sich bei uns rassistisch, antisemitisch oder in anderer Form intolerant unseren Wertvorstellungen gegenüber verhalten, muss dies spürbare negative Konsequenzen haben. Respekt gegenüber unseren Werten und Anschauungen kann nur erwachsen, wenn wir aktiv für sie eintreten und eine selbstbewusste Wertegemeinschaft leben, die geeignet ist als Vorbild zu fungieren und Ängste vor einer Überfremdung bannt. Die Integrationskraft einer Gesellschaft ist umso größer, je souveräner sie mit ihrer eigenen



Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV)

AGV Geschäftsstelle - Luisenstraße 36 - 53129 Bonn

www.agvnet.de

Tradition und ihrer eigenen Identität umgeht und je optimistischer sie in die Zukunft schaut. Daher gehört es auch zur Integration, dass wir nicht zögern, die ankommenden Menschen mit unserer Kultur in Berührung zu bringen und sie einzubinden.

Die Integration neuer Mitbürger wird eine Aufgabe von vielen Jahren sein. Wir müssen uns dabei realistisch eingestehen, dass es viele Menschen geben wird, die nicht in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind, dass es viele Menschen geben wird, die sich schwer damit tun werden unseren Lebensstil zu akzeptieren und es viele Menschen geben wird, die dauerhaft auf Sozialleistungen angewiesen sein werden. Dies birgt Konfliktpotenzial in sich und kann zu Spannungen in der Gesellschaft führen. Bisherige Fehler in der Integrationspolitik lehren uns auch, dass es von besonderer Bedeutung sein wird, das Anwachsen oder die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern.

Für eine gelungene Integration von hoher Bedeutung sind Ausbildung und berufliche Qualifikation der jungen Menschen. Wir sind eine Arbeits- und Leistungsgesellschaft und sollten dies auch vermitteln, um keine Illusionen entstehen zu lassen. Fraglich ist, woher die große Zuversicht stammt, mit der eine Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt angenommen wird. Schon in den letzten Jahren gelingt dies bei vielen hier geborenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur unzureichend. Es kommen mit den Flüchtlingstrecken weit überwiegend keine Fachkräfte, die unser Industrieland braucht – es wächst vielmehr der Druck im Niedriglohnbereich und in den Sozialsystemen. Die Zahlen von freien Stellen in Deutschland bauen Illusionen auf: warum sollten die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten besser in den Arbeitsmarkt integrierbar sein als hunderttausende Arbeitssuchende, die eine hiesige Schulausbildung genossen haben und Deutsch als Muttersprache sprechen?

Die herzliche Aufnahme, die viele Flüchtlinge erfahren haben, hat hohe Erwartungen bei diesen Menschen geweckt. Viele davon werden wir zwangsläufig enttäuschen. Wir müssen uns im Prozess demokratischer Willensbildung bewusst werden, ob wir die vollständige Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft anstreben oder aber uns angesichts der zuströmenden Menschen darauf beschränken wollen, diesen Menschen allein Unterkunft, Schutz und Ernährung zu bieten.

BUNDESVORSITZENDER
Moritz Findeisen

findeisen@agvnet.de

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSREFERENT
Andreas Wittenberg

wittenberg@agvnet.de



Unkontrollierter Zustrom durch offene Grenzen kann keine Alternative zu einer geordneten Zuwanderung sein, die einen Prozess demokratischer Willensbildung voraussetzt. Soweit dies möglich ist, kann der derzeitige Zustrom an Flüchtlingen in eine interessengerechte Einwanderungspolitik eingebunden werden. Es muss aber auch Wert auf eine klare Trennung zwischen der Zuwanderung in unser Land und der Gewährung von Asyl gelegt werden. Diese Trennung wurde lange Zeit nicht eingehalten und gewinnt in der aktuellen politischen Debatte erst langsam wieder an Schärfe. Das hohe Gut des Asylgrundrechts wird vermischt mit ökonomischen und bevölkerungspolitischen Erwägungen. Dies schadet sowohl der Akzeptanz des Asylrechts als auch einer rationalen Zuwanderungspolitik. Asyl dient dem Schutz von Menschen und darf, im Gegensatz zu einer sinnvollen Zuwanderungspolitik, keinesfalls Nützlichkeitsabwägungen unterliegen.

Bei all den Problemen und Herausforderungen dürfen aber die Chancen nicht aus dem Blickfeld geraten. Eine erfolgreiche Integration und Qualifikation vieler junger Menschen, die ein Leben in unserem Land anstreben, wären ein Gewinn für unsere alternde Gesellschaft. Gut ausgebildete Flüchtlinge wären auch eine Perspektive für ihre Heimatländer, in denen sie nach einer Ausbildung den Wiederaufbau unterstützen könnten.

Gegen Fremdenhass und Christenverfolgung

Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge treten wir entschieden entgegen. Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und verbale Anfeindungen gegen Flüchtlinge und Helfer in Deutschland sind abscheulich und beschämend. Fremdenfeindlichkeit widerspricht dem christlichen Menschenbild. Als katholische Verbände denken wir auch besonders an die zahlreichen christlichen Flüchtlinge, die bei uns Schutz vor Verfolgung suchen. In unserem Land müssen Christen überall ihren Glauben frei bekennen und leben können ohne Opfer von Gewalt und Diskriminierung zu werden. Wir verurteilen jede Form religiös motivierter Diskriminierung und Gewalt – auch in den Aufnahmezentren. Wir müssen vermeiden, dass Ressentiments und Ängste in unserer Bevölkerung überhand gewinnen. Ihnen kann aber nicht mit politischer oder elitärer Selbstgefälligkeit gegenüber getreten werden.



Begegnungen und kultureller Austausch werden Verständnis und Kennenlernen fördern. Von Bedeutung ist die Vermeidung von subjektiv empfundener Benachteiligung auf beiden Seiten. Nur so lässt sich die Aufnahme- und Hilfsbereitschaft in unserer Gesellschaft aufrechterhalten. Wir vertrauen auf den guten Willen unserer Bevölkerung.

Handlungsfähigkeit wiedergewinnen – Primat des Rechts verteidigen

Zunehmend macht sich in Deutschland das Gefühl einer Ohnmacht breit. Die Regierung hat unlängst eingestanden, die Kontrolle über die Zahlen verloren zu haben. Unabhängig davon, ob dies aus Unwissenheit geschieht oder aber der Angst vor der Reaktion in der Bevölkerung geschuldet ist, kann es fatale Folgen für die Autorität staatlichen Handels und die Glaubwürdigkeit der politisch verantwortlichen Personen haben. Die fehlende Kontrolle und Übersicht über die Lage an den Grenzen stellt eine reale Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar. Deutschland ist das einzige Land in Europa, das von sich behauptet, es sei nicht in der Lage, seine Grenzen zu schützen.

Die Bundesrepublik kann ihre Aufgabe, die Gewähr für ein Leben nach den Normen und Prinzipien unseres Grundgesetzes zu leisten, aber nur dann erfüllen, wenn sie die dazu notwendige Autorität und Ordnungsmacht eines Staates wahrt. Hierzu gehört die Verfügung über Grenzen und Bevölkerung. Grenzen und Zugangskontrollen zum Schengen-Raum und zu unserem Staatsgebiet haben ihren Sinn. Sie stehen einer humanitären Politik auch nicht entgegen. Der Staatsrechtler und ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Udo di Fabio äußerte sich unlängst: *„Ohne Grenzen und Begrenzbarkeit entfällt eine zentrale Voraussetzung des offenen Verfassungsstaates, ein funktionell beherrschbarer Personenverband zu sein, schon um seine Schutz- und Ordnungsfunktion berechenbar zu gewährleisten.“*

In der aktuellen Lage kommt es zu einer andauernden Missachtung unserer Rechtsordnung. Hierunter fällt unter anderem die Missachtung europäischer Asylgesetzgebung durch eine Vielzahl europäischer Staaten – darunter auch Österreich und Deutschland. Europäisches Recht darf nicht zur Disposition des Einzelstaates stehen.



Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV)

AGV Geschäftsstelle - Luisenstraße 36 - 53129 Bonn

www.agvnet.de

Wir müssen den Primat des Rechts in Europa verteidigen und die Institution des Rechtsstaats achten. Dementsprechend positiv wird die entsprechende Einleitung von 40 Vertragsverletzungsverfahren gegen 19 Mitgliedsstaaten der EU – unter anderem Deutschland – durch die EU-Kommission Ende September bewertet.

Über eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa, die angesichts der Belastung der süd- und südosteuropäischen Staaten von dringender Notwendigkeit ist, kann im Sinne der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Europäischen Union erst nach einer rechtmäßigen Registrierung gesprochen werden. Hierbei muss den betroffenen Staaten Amts- und Finanzhilfe angeboten werden. Die Aussetzung des Schengen- Systems wäre ein Eingeständnis des Scheiterns mit weitreichenden Folgen für die europäische Idee. Das Europa der offenen Binnengrenzen hat uns bereichert und soll auch zukünftigen Generationen erhalten bleiben. Dies kann aber nur funktionieren, wenn ein berechtigtes Vertrauen darin besteht, dass im Gegenzug effektive Personenkontrollen nun an den Außengrenzen der Union durchgeführt werden. Solange dies nicht gewährleistet ist, ist eine Verlängerung und Intensivierung der Kontrollen an den süddeutschen Grenzen sinnvoll. Denn sie erfüllen vor allem die Funktion, anströmende Flüchtlinge ordnungsgemäß zu registrieren.

Chance und Bewährungsprobe für das vereinte Europa

Die Flüchtlingskrise sollte von der Europäischen Union als Chance begriffen werden, Vertrauen in ihre politische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Sie ist ein europäisches, kein nationales Thema. Doch gerade jetzt kommt es allerorts zu nationalen Egoismen.

Wenn viele unserer Nachbarländer in Europa nur bereit sind, kleine Kontingente an Flüchtlingen aufzunehmen, steht es uns nicht zu, diese Länder dafür pauschal zu verurteilen. Dennoch sollten wir eine einheitliche Lösung auf europäischer Ebene anstreben, die sich naturgemäß nur in der Mitte finden wird. Es wird notwendig sein, den Schutz der gemeinschaftlichen Außengrenze an Land, zur See und in der Luft auszubauen und gemeinschaftlich in Form eines institutionalisierten Grenzschutzes zu verwalten. Das

BUNDESVORSITZENDER
Moritz Findeisen

findeisen@agvnet.de

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSREFERENT
Andreas Wittenberg

wittenberg@agvnet.de



Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV)

AGV Geschäftsstelle - Luisenstraße 36 - 53129 Bonn

www.agvnet.de

Asylrecht muss weiter harmonisiert werden. Ein negativer Standortwettbewerb in Fragen der Behandlung der Flüchtlinge hingegen muss vermieden werden. Dies kann bedeuten, dass Deutschland den anderen Europäern entgegenkommen muss in seinen Auffassungen von Asylpolitik und humanitärem Handeln.

Die Flüchtlingskrise lehrt, dass unsere nationalen Belange und unsere Sicherheit auch weit entfernt unserer Heimat beeinflusst werden. Die zunehmende Anzahl an gescheiterten Staaten, in denen Willkür, Gewalt und Fanatismus herrschen, ruft Europa zum Handeln auf. Sie sind Ausgangspunkte der Flüchtlingsströme. Wir müssen uns der Fluchtursachen annehmen und den Menschen in Afghanistan und in Afrika wieder Zukunftsperspektiven in ihren Heimatländern ermöglichen. Der Bürgerkrieg in Syrien und im Irak muss ein Ende finden. Wir müssen mit der Türkei sowie dem Libanon und Jordanien eine enge Kooperation in der Flüchtlingspolitik anstreben. Diese Staaten beherbergen Millionen von Flüchtlingen – allein 2,2 Millionen Syrer in der Türkei – und bedürfen internationale Unterstützung. Ziel muss es sein, dass die Flüchtlinge in diesen Staaten eine Bleibeperspektive sehen. Dazu muss Wert auf eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung gelegt werden. Hierfür werden umfassende finanzielle und materielle Hilfen benötigt. Außerdem müssen die Golfstaaten ihrer regionalen Verantwortung gerecht werden. Mit der Türkei muss ferner die vorzeitige Umsetzung des für 2017 geplanten Rücknahmeabkommens zwischen der Türkei und der EU erreicht werden, dem nach die Türkei Flüchtlinge, die illegal über türkische Grenzen in die EU einreisen, zurücknehmen muss.

Afghanistan ist in den letzten Monaten nach Syrien auf Platz zwei der Herkunftsländer der Flüchtlinge vorgerückt. Der Schutz der Bevölkerung muss vor Ort organisiert und damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Afghanen nicht in Deutschland Zuflucht suchen müssen. Hierzu muss das Engagement der Bundeswehr dort gegebenenfalls wieder ausgebaut werden.

Neben Afghanistan und Syrien darf Afrika in diesen Zusammenhängen nicht aus den Augen geraten. Die derzeitige deutsche Flüchtlingspolitik und die offenen Grenzen entfalten auch dort eine zunehmende Sogwirkung – selbst bei denen, die bisher gar nicht

BUNDESVORSITZENDER
Moritz Findeisen

findeisen@agvnet.de

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSREFERENT
Andreas Wittenberg

wittenberg@agvnet.de



vor hatten ihre Heimat zu verlassen. Es sollte in Erwägung gezogen werden, in Nordafrika Migrationszentren aufzubauen, in denen Asylanträge gestellt und geprüft werden könnten. Damit könnten Menschen von den gefährlichen Überfahrten über das Mittelmeer abgehalten werden und Schleusern die Geschäftsmöglichkeiten genommen werden.

Fazit

- Für die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studentenverbände bedeutet Barmherzigkeit aus christlichem Glauben heraus nicht das Aufgeben jeglichen politischen Realismus, sondern rationales Handeln aus christlicher Verantwortung gegenüber den Menschen.
- Kurzfristig folgt daraus die pragmatische Konsequenz, dass den vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen unbürokratische Unterstützung durch staatliche Behörden zukommen muss. Ebenfalls müssen die sich offensichtlich ergebenden Belastungen nüchtern benannt werden.
- Die AGV fordert von Vertretern der Politik, dass sie entschiedener für eigene Werte und Grundüberzeugungen einstehen, anstatt mit Veränderungsprognosen Ängste zu schüren. Von den zu uns Kommenden muss große Anpassungsbereitschaft erwartet werden.
- Ein rechtsstaatliches Verfahren steht für die AGV auch und gerade in der Frage des Asylrechts nicht zur Disposition. Ein Rechtsstaat zeichnet sich jedoch vor allem dadurch aus, dass geltendes Recht angewendet wird. Dabei sind insbesondere Rückführungen – als Kehrseite des Grundrechts auf Asyl – konsequenter durchzuführen.
- Die AGV fordert dazu auf, die momentane Politik der offenen Grenzen, die ein strukturpolitisches Konzept vermissen lässt, zu überdenken, um so jener verantwortungsvollen Politik gerecht zu werden, die aus dem christlichen Menschenbild folgt.



Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV)

AGV Geschäftsstelle - Luisenstraße 36 - 53129 Bonn

www.agvnet.de

Über die AGV

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) e.V. ist ein Zusammenschluss der katholischen Korporationsverbände CV, KV, UV, RKDB und TCV. Sie repräsentiert rund 10 000 Studentinnen und Studenten und ist über ihre Mitgliedsverbände an fast allen Hochschulen in Deutschland vertreten.

BUNDESVORSITZENDER
Moritz Findeisen

findeisen@agvnet.de

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSREFERENT
Andreas Wittenberg

wittenberg@agvnet.de